



Niederschrift

14. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Sitzungstermin: Dienstag, 17.08.2021
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:00 Uhr
Ort, Raum: Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469
Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Frau Dr. Mechthild Rürger Bündnis 90/Die
Grünen

Ausschussmitglieder

Herr Nico Marquardt SPD
Herr Leon Troche SPD
Frau Dr. Sigrid Müller DIE LINKE
Herr Lars Eichert CDU
Frau Katharina Tietz DIE aNDERE
Herr Chaled-Uwe Said AfD

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Uwe Fröhlich Bündnis 90/Die
Grünen
Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE

sachkundige Einwohner

Herr Robert Hirsch CDU
Herr Frank Hübner DIE aNDERE
Herr Peter Mundt DIE LINKE
Frau Andrea Mirjam Ney Freie Demokraten
Frau Dr. Sophia Rost Bündnis 90/Die
Grünen

Beigeordnete

Herr Dieter Jetschmanegg Geschäftsbereich 5

- Vorlage: 21/SVV/0593
Oberbürgermeister, Fachbereich Verwaltungsmanagement
- 3.4 Zugang und Nutzung Digitaler Technologien für alle ermöglichen
Vorlage: 21/SVV/0625
Stadtverordnete Heuer, Adler, Armbruster, Dr.Rünger, Vandr , Finken, Heigl,
L.Teuteberg
- 3.5 Entwicklung einer Beteiligungsstrategie im STEK Verkehr der LHP
Vorlage: 21/SVV/0644
Fraktion DIE LINKE
- 3.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger',
Nummer 3: Open-Source-Software für die Stadtverwaltung
Vorlage: 21/SVV/0672
Oberbürgermeister, Fachbereich E-Government
- 4 Partizipation
- 4.1 Bericht des Beteiligungsrates und der WerkStadt für Beteiligung
- 4.2 Ergebnisse Vorhaben Pirschheide
- 4.3 Umgang mit Petitionen, Eingaben und Beschwerden
- 4.4 Petition "Aufhebung der Schliesszeiten im Babelsberger Park"
- 4.5 Petition "Volkspark für alle erhalten"
- 4.6 Petition "Bauspekulanten am Nuthewldchen auflaufen lassen"
- 5 Transparenz
- 6 Digitalisierung
- 7 SmartCity
- 8 Themenspeicher/Themenvorschläge
- 9 Sonstiges

Niederschrift:

 ffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Frau Dr. Rünger eröffnet die Sitzung.

Sie informiert die Ausschussmitglieder über die nun eingerichtete E-Mail-Adresse PTD@rathaus.potsdam.de.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.05.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Rürger stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Zu Beginn der Sitzung sind **7 stimmberechtigte** Ausschussmitglieder anwesend.

Zur öffentlichen **Niederschrift vom 25.05.2021** erhebt sich kein Einwand. Die Niederschrift wird **einstimmig bestätigt**.

Die vorliegende **Tagesordnung** wird ebenso **einstimmig angenommen**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 3.1 Städtepartnerschaft "Digitalisierung" mit Tallin, Estland
Vorlage: 21/SVV/0049**

Fraktion Freie Demokraten

Frau Dr. Rürger eröffnet den Tagesordnungspunkt und stellt die Abwesenheit eines Vertreters*in der einreichenden Fraktion der Freien Demokraten fest. Nachdem der Antrag in der PTD-Ausschusssitzung vom 16.03.2021 diskutiert und zurückgestellt wurde, beantragt Frau Dr. Müller die Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
mit 6-Nein-Stimmen **abgelehnt**
bei einer Stimmenthaltung.

zu 3.2 Einsetzung eines Arbeitskreises "Digitalisierung"

Vorlage: 21/SVV/0373

Fraktion Freie Demokraten

Auch dieser Antrag wurde in der letzten Ausschusssitzung am 25.05.2021 bereits diskutiert und anschließend zurückgestellt. Ein(e) Vertreter*in der einreichenden Fraktion der Freien Demokraten ist nicht anwesend. Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:

mit 6-Nein-Stimmen **abgelehnt**
und einer Stimmenthaltung.

zu 3.3 Transparenzsetzung Open-Government-Data

Vorlage: 21/SVV/0593

Oberbürgermeister, Fachbereich Verwaltungsmanagement

Frau Dr. Rüniger bittet den Dezernenten für Zentrale Verwaltung, Herrn Jetschmanegg, die Beschlussvorlage einzubringen.

Herr Jetschmanegg führt aus, dass mit der Transparenzsetzung die proaktive Veröffentlichung von Informationen und Daten in der Landeshauptstadt Potsdam im Zusammenhang mit dem Open-Government-Data Konzept gefördert werden soll. Ab dem Jahr 2022 werde es dazu eine regelmäßige Berichterstattung geben.

Mehrere Ausschussmitglieder äußern verschiedene Kritikpunkte und stellen Nachfragen. Herr Eichert von der Fraktion CDU hinterfragt, ob nur zukünftige Daten und Informationen veröffentlicht werden. Herr Jetschmanegg verneint dies und informiert den Ausschuss, dass auch Informationen, welche vor Inkrafttreten der Transparenzsetzung entstanden, veröffentlicht werden können.

Herr Hübner, sachkundiger Einwohner der Fraktion die aNDEREN, weist darauf hin, die Paragraphen drei und vier der Transparenzsetzung widersprüchen sich.

Ferner bringt die Ausschussvorsitzende Frau Dr. Rüniger die Satzungsempfehlung für Transparenz und Informationsfreiheit in den Kommunen von Nordrhein-Westfalen als gutes Beispiel einer bürgerfreundlichen Transparenzsetzung ein. Hier könnten die Bürger besser erkennen, welche konkreten Bereiche/Informationen transparent dargelegt und abgerufen werden können. Die Bürger hätten somit eine bessere Rechtsanspruchsklärung. Die Verwaltung hatte sich jedoch gegen diese Mustersatzung entschieden, weil sie sich hier in ihrem Handeln eingeschränkt sieht. Außerdem fragt Frau Dr. Rüniger, wie und ob die Nachnutzung der Informationen geregelt sei. Die Ausschussvorsitzende schlägt die Gründung einer Arbeitsgruppe mit Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern vor, um die Satzung rechtssicherer zu formulieren.

Mehrere Ausschussmitglieder betonen überdies die Notwendigkeit von begleitender Öffentlichkeitsarbeit mit der Einführung der Transparenzsetzung. Dies wird vom Beteiligungsrat und der Verwaltung zugesichert.

Ein weiteres Diskussionsthema ist die Notwendigkeit einer Liste möglicher abrufbarer Informationen in der Satzung vs. einer offenen Formulierung. Es besteht Einigung darin, dass eine kontinuierliche Anpassung der Satzung möglich

sein soll.

Zudem wird noch einmal betont, dass mit der Verabschiedung einer Transparenzsatzung die Nutzung des bisher mit nur wenigen Dokumenten bestückten Open-Data-Portals gefördert werden soll.

Frau Dr. Müller der Fraktion Die Linke schlägt die folgende Ergänzung der Beschlussvorlage ein: Zwei Jahre nach Inkrafttreten soll die Transparenzsatzung evaluiert werden. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Satzung für Transparenz und Informationsfreiheit der Landeshauptstadt Potsdam (Open-Government-Data) gemäß Anlage

Ergänzung: **Es wird eine Evaluation zwei Jahre nach Inkrafttreten der Transparenzsatzung vereinbart.**

Abstimmungsergebnis: Die Beschlussvorlage wird mit der o.g. Ergänzung einstimmig **angenommen**.

**zu 3.4 Zugang und Nutzung Digitaler Technologien für alle ermöglichen
Vorlage: 21/SVV/0625**

Stadtverordnete Heuer, Adler, Armbruster, Dr.Rünger, Vandr , Finken, Heigl, L.Teuteberg

Der in der letzten PTD-Sitzung vom Seniorenbeirat vorgestellte Antrag wird mit den im GSWI-Ausschuss hinzugefugten Änderungen **einstimmig beschlossen**.

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, nachstehende Vorschläge, die auf eine Initiative des Seniorenbeirates der LHP Potsdam zurückgehen, zu prüfen, ggf. zu modifizieren oder zu ergänzen, um auch den Mitgliedern der Gruppe der älteren Menschen geeignete Teilhabe an digitalen Technologien zu ermöglichen.

Dabei sollen u.a. folgende Ansätze verfolgt werden:

- Verringerung der Ungleichverteilung der Nutzung digitaler Angebote, die u.a. in Abhängigkeit von Bildungsgrad und Einkommen stark variieren
- Bereitstellung von Internetzugängen in allen Wohnformen von Seniorinnen und Senioren **und für Menschen mit Behinderung**
- Kostenfreier Internetzugang im öffentlichen Raum
- Finanzielle und materielle Förderung entsprechender technischer Ausstattung (Soft- und Hardware, Zugang) für einkommensschwache Menschen
- Technischer Support und Qualifikationsangebote

Dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion soll im Dezember dieses Jahres ein Zwischenstand berichtet werden. Darüber hinaus

sollen die Überlegungen auch auf andere Bevölkerungsteile mit vergleichbaren Bedarfen Anwendung finden können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

zu 3.5 Entwicklung einer Beteiligungsstrategie im STEK Verkehr der LHP
Vorlage: 21/SVV/0644

Fraktion DIE LINKE

Frau Dr. Müller erläutert eingangs die Beweggründe des Antrages, mit dem ein intensiverer Beteiligungsprozess gewünscht wird, der sich mit einer zielgruppengenauen Strategie auf die verschiedenen Benutzergruppen konzentrieren soll. Mit dem Antrag wird die Verwaltung gebeten, einen Modellvorschlag zu formulieren.

Hierzu wird Herr Niehoff aus dem Geschäftsbereich 4, Bereich Verkehrsentwicklung, gebeten, zu berichten. Die Verwaltung sei weiterhin bestrebt, Beteiligungsformate umzusetzen und die Akzeptanz der Bürgerschaft bereits im Vorhinein und das Feedback der Bürger einzuholen.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Rüniger steht einer Kooperation mit dem Beteiligungsrat nichts im Wege.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Fortschreibung des Stadtentwicklungs-konzepts (STEK) Verkehr der LHP eine geeignete Strategie zu entwickeln, wie unterschiedliche Bevölkerungsgruppen bei der weiteren Mobilitätsentwicklung Potsdams angemessen und bedürfnisorientiert berücksichtigt werden können.

Auf der Grundlage einer Analyse der Potsdamer Bevölkerungsstruktur und unter Einbindung relevanter Akteure, z.B. in einer AG STEK Verkehr, sollen dabei Schlüsselzielgruppen definiert werden. Zu berücksichtigen sind hierfür sozioökonomische Faktoren und Genderdimensionen. Direkte Beteiligungsformate sollten zielgruppenspezifisch und zielgruppengerecht sein, wie es bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen notwendig ist.

Darüber hinaus soll geprüft werden, wie die Aspekte des Gender Planning angewendet werden können. Eine Berichterstattung zur geplanten Vorgehensweise soll im November 2021 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:
Mit 6 Stimmen **bestätigt**
bei einer Stimmenthaltung.

**zu 3.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 3: Open-Source-Software für die Stadtverwaltung
Vorlage: 21/SVV/0672**

Oberbürgermeister, Fachbereich E-Government

Herr Jetschmanegg verweist auf die Berichterstattung in der PTD-Sitzung am 25.05.2021.

Im Zusammenhang mit dem Open-Source-Software Konzept wurde eine Vergabe vorgenommen und in der vorherigen Sitzung ein Zeitplan vorgestellt. Die Verwaltung wird plangemäß im vierten Quartal 2021 ein Open-Source-Konzept als Vorlage in die Stadtverordnetenversammlung einbringen.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 4 Partizipation

zu 4.1 Bericht des Beteiligungsrates und der WerkStadt für Beteiligung

Frau Dr. Jordan vom Beteiligungsrat berichtet über die Themen der letzten Beteiligungsrats-Sitzung. So wurde besprochen, wie man die Bürgerbeteiligung zur Erstellung eines Konzeptes für eine autofreie Innenstadt organisieren kann; die Petition „Volkspark für alle erhalten“ wurde thematisiert und wie sich der Beteiligungsrat eine Bürgerbeteiligung zum Vorhaben Pirschheide vorstellt. Frau Dr. Albrecht berichtet dazu später im TOP 4.2.

Frau Ermert, Mitglied der internen WerkStadt für Beteiligung, stellt kurz die Zusammenarbeit der internen und externen WerkStadt für Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam vor. Den internen Part der WerkStadt für Beteiligung hat die Verwaltung der LHP inne, der externe Teil wird von dem Verein mitMachen e.V. getragen, hier vertreten von Herrn Kärsten. Die Verwaltung begleitet die Planung und Umsetzung der Beteiligungsverfahren der Stadt, mitMachen e.V. ist Ansprechpartner für die Stadtgesellschaft und berät in Beteiligungsfragen.

Die Arbeit der internen und der externen WerkStadt ergänzt sich und ist inhaltlich

eng verzahnt. Als Beispiele für die Zusammenarbeit nennt Frau Ermert die Beteiligungsprozesse Schlaatz 2030 und die Neuausrichtung der kulturpolitischen Leitlinien. Diese Zusammenarbeit soll intensiviert werden. Momentan befindet sich die interne WerkStadt für Beteiligung in einem Prozess zur Erarbeitung einer eigenen, neuen Strategie. Zukünftig soll in diesem Ausschuss über die Projekte und die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit gemeinsam berichtet werden. Herr Kärsten vom Verein mitMachen e.V. kündigt eine Berichterstattung in der nächsten PTD-Ausschusssitzung zu dem Thema Stadtteilkoordination Waldstadt an.

Herr Kärsten vom Verein mitMachen e.V. kündigt eine Berichterstattung in der nächsten PTD-Ausschusssitzung zu dem Thema Stadtteilkoordination Waldstadt an.

zu 4.2 Ergebnisse Vorhaben Pirschheide

Frau Dr. Albrecht, Mitglied des Beteiligungsrates, berichtet über das Konzept der sehr frühzeitigen Bürgerbeteiligung bezüglich einer möglichen zukünftigen Bebauung des Pirschheide-Gebietes. Um die Frage, wie dort u.a. sozial ausgewogen und klimaneutral gebaut werden könnte, zu beantworten, wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, die sich das Ziel gesetzt hat, möglichst frühzeitig die Bürger*innen an den Entscheidungen zu beteiligen.

Vor zwei Jahren gab es eine erste Begehung des Umfeldes, ein erstes Schreiben an den Oberbürgermeister erfolgte im April, woraufhin im Juni ein Gespräch stattfand. Auf der website des Beteiligungsrates könne der Verlauf verfolgt werden.

Momentan befindet sich die Arbeitsgruppe in der sog. Phase Null – eine vorbereitende Phase, in der ausführlich geprüft werden soll, wie die Situation vor Ort aussieht, wer im Vorfeld einbezogen und was Berücksichtigung finden soll. Eine niederschwellige Bürgerbeteiligung nach dem Motto: je länger diese Vorphase dauert, desto weniger Störungen wird es im Nachgang geben.

zu 4.3 Umgang mit Petitionen, Eingaben und Beschwerden

Als Einführung in diesen Tagesordnungspunkt stellt Frau Ziegenbein, Bereichsleiterin des Büros der Stadtverordnetenversammlung, mithilfe der angefügten Präsentation die Grundlagen zum Petitionsrecht gem. § 16 BbgKVerf und das bisherige Verfahren im ehemaligen Ausschuss für Eingaben und Beschwerden vor. Lange Bearbeitungszeiten und Prozesse, die weder den Petenten noch die Stadtverordneten zufrieden stellen konnten, führten zu der Empfehlung an die neue Stadtverordnetenversammlung, sich nicht nur auf Eingaben zu konzentrieren, sondern Hinweise und Vorschläge in den Focus zu stellen. Damit verbunden war die Zielrichtung, die Prozesse im Umgang mit Hinweisen und Vorschlägen neu auszurichten und die Rolle des Ausschusses

klar in der Ausschusszuständigkeitsordnung zu formulieren.

Im Ergebnis der Konstituierung wurde der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung gebildet und in einem im Herbst 2019 durchgeführten Workshop versucht, die Aufgaben zu konkretisieren. Der Prozess der Petitionsbearbeitung wurde dabei nicht definiert, so dass diesem elementaren demokratischen Grundrecht als Teil der politischen Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte ein Verfahren der Bearbeitung hinterlegt werden muss.

Anschließend werden im Ausschuss die Probleme einer zeitnahen Bearbeitung von Petitionen diskutiert, die die Bearbeitungsfrist von 4 Wochen erschweren, zumal die Stadtverordnetenversammlung über den Bescheid letztlich entscheiden muss. Der Ausschuss wird hier die Rolle der Entscheidungsvorbereitung übernehmen müssen. Sie schlägt vor, einen Verfahrensvorschlag mit den Fraktionen abzustimmen, der sich letztlich in der Ausschusszuständigkeitsordnung abbilden wird und plädiert für eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zu dieser Thematik.

zu 4.4 Petition "Aufhebung der Schliesszeiten im Babelsberger Park"

Frau Dr. Rüniger informiert den Ausschuss über die Nichtzuständigkeit der Landeshauptstadt Potsdam und dass dies dem Petenten bereits schriftlich mitgeteilt wurde. Gleichzeitig stellt sie die Frage, ob nun weitere Schritte notwendig wären. Gegen den Vorschlag, Petitionen den Fraktionen zur Verfügung zu stellen, um ihnen die Möglichkeit der selbstständigen Befassung zu geben, erhebt sich kein Widerspruch.

zu 4.5 Petition "Volkspark für alle erhalten"

Die Petition „Volkspark für alle erhalten“ wurde noch nicht endgültig beschieden. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung wurde der Beteiligungsrat gebeten zu prüfen, ob Anhörungsrechte verletzt wurden. Das Ergebnis der Prüfung ist auf der website des Beteiligungsrates nachzulesen. Dies sei dem Petenten mitzuteilen. Ferner wird auf das noch offene WerkStadt-Verfahren verwiesen, bei welchem konkrete andere Standorte neben dem Remisenpark für einen Sportplatz bereits geprüft und in die Betrachtung einbezogen werden.

zu 4.6 Petition "Bauspekulanten am Nuthewäldchen auflaufen lassen"

Die Petition wurde in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02.06.2021 abschließend behandelt, der Petent hatte dort Rederecht und wurde somit über das Ergebnis mündlich informiert.

Aufgrund des noch fehlenden einheitlichen Verfahrens beim Umgang mit Petitionen wird hier das weitere Verfahren des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung bezüglich dieser Petition hinterfragt. Ein Vorschlag ist, den Fraktionen die Petition zur Kenntnis zu geben, welche dann ggf. eigenständig den Gegenstand aufgreifen können.

Eine schriftliche Antwort an den Petenten müsse über das Büro des Oberbürgermeisters an den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung erfolgen. Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung bespricht zuvor das mögliche Antwortschreiben und leitet dieses dann an den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Heuer, weiter.

Die Frage, ob das Recht der Beantwortung dem Ausschuss übertragen werden könne, wird von Frau Ziegenbein verneint. Diese Frage wurde zuvor innerhalb der Verwaltung, insbesondere mit dem Fachbereich Recht und Vergabemanagement, geprüft und negiert.

zu 5 Transparenz

zu 6 Digitalisierung

zu 7 SmartCity

Frau Dr. Rürger übergibt zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort an Herrn Jetschmanegg. Er berichtet kurz über die erfolgreiche Bewerbung der Landeshauptstadt Potsdam für die dritte Förderstaffel des BMI „Modellprojekte Smart Cities“. Am 15.07.2021 erhielt die LHP die Bewilligung ihres Förderantrages – Potsdam ist nun eine Smart City Modellkommune.

Für die Jahre 2021/22 ist die Vorbereitungsphase vorgesehen, ab 2022 beginnt die Umsetzungsphase. Über die Entwicklung wird es eine regelmäßige Berichterstattung geben. Auch Themen zur Bürgerbeteiligung und Partizipation im Rahmen des Smart City Projektes werden in diesem Ausschuss behandelt werden.

Auf die Frage, an wen sich Bürgerschaft/Institutionen mit Projektideen wenden können, verweist Herr Jetschmanegg auf Herrn Tuntschew.

Herr Tuntschew könnte in der November-Sitzung des PTD-Ausschusses etwas zum weiteren Fahrplan mitteilen.

Bei ausbleibenden Fragen schließt Frau Dr. Rüniger diesen Tagesordnungspunkt.

zu 8 Themenspeicher/Themenvorschläge

zu 9 Sonstiges